

Bezugsgebühr:

Wöchentlich für Dresden bei täglich  
mindestens Abtragung durch unter  
Posten liegend und wenigen, an  
Som. und Montag nur einmal  
20 Pf. durch auswärtige Kom-  
missionäre 3 Pf. bis 2 M. 50 Pf.  
Bei einschlägiger Auslieferung durch die  
Post ab 10 Pf. ohne Belehrfehl. im Aus-  
land mit entsprechendem Aufschlag.  
Rohstoff oder Artikel u. Original-  
Papiere nur mit bestätiger  
Dienstangabe. "Dresd. Nachr."  
ausläßt. Räderliche Honorar-  
abrechnung überprüft. Unter-  
zeichnete Rechnungen werden  
nicht aufbewahrt.

Teleg. Adressen:  
Nachrichten Dresden.

# Dresden Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Carif.

Eintritt am Anfang des Monats  
bis anderthalb Uhr. Sonn- und  
Feiertage mit Platzabgabe ab von  
12 bis 1/2 Uhr. Die einzelne Gruppe  
kostet ab 10 Pf. Mindest-  
abrechnung zu der Privatseite 20 Pf.  
Die zweite Seite auf Zeit-  
abrechnung 50 Pf., als Einzelabrechnung  
60 Pf. Die Ausgaben nach Sonn-  
und Feiertagen einzige Gruppe  
50 Pf., auf Privatseite 40 Pf.  
Zweite Seite auf Zeitabrechnung 60 Pf.  
Einzelabrechnung nur gegen Sonn- und Feiertags-  
Ausgaben 100 Pfennig.

Empfänger: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 28.

Kotillon- Tafelheder-Enveloppen • Zigarren-Etuis  
Tafeldekorationen • Knallbonbons für = Hochzeits- u. Familienfestlichkeiten

Fabrik und Lager. Oscar Fischer, 21 Am See 21.

Ullrich-Pianos  
Steinheit-Flügel

sind vorzüglich, dabei äußerst preiswürdig.  
Am Piratenplatz (Eingang Piratenstraße 1).

Bruchleidenden

empfiehlt seine vorzüglich passenden  
und sichere Hilfe bietenden Ban-  
dagen eigener bewährtester Kon-  
struktion: Bandagist und Orthopäd

Kronleuchter

Lampen

für Gas, Petroleum und Kerzen.

G. Devantier, Prager  
Strasse 11.

Arminia Lebensversicherungs-Gesellschaft

in verschiedenen Jahren, mit Vermögens-  
steigerung, sehr finanziell  
und wirtschaftlich.

München Versammlung ca. 31 Millionen Mark.  
Sitz ab Berlin-Behandl. ca. 12 Millionen Mark.

Verw.-Bureau in Dresden: Johann Georgen-Allee 33 (etg. Haus).

Nr. 303. Spiegel: Fleischsteuerung. Hofnachrichten, Schwimmkanalisation. Deutsch-evangel. Bundestag. Matzmagl. Witterung. Wild, meist beiter. Sonnabend, 3. November 1906.

## Die Fleischsteuerung

hat sich zu einer Katastrophe entwickelt, die, wenn sie nicht bald behoben wird, sich ausdeutet zu einer ersten wirtschaftlichen und politischen Krise auswachsen kann. Wie ein allgemeiner Notstand geht es besonders durch die minderbemittelten Schichten des deutschen Volkes über die schier unerschwinglichen Fleischpreise, die wir zur Zeit haben. Wenn Geld- und Wagnisse im Spiel sind, hört bekanntlich selbst bei den ruhigsten und friedlichsten Bürgern die Gemütsruhe auf und man verlangt je länger, desto dringender die Wiederherstellung einer Notlage, die nun schon seit zwei Jahren drückt auf der Lebenshaltung des Arbeiters wie des Mittelstandes lastet. Und noch ist kein Stillstand der Preisschieferung abzusehen! Die optimistischen Prophesien, die Ende vorigen Jahres allenthalben von den Regierungsräten auf diesbezügliche Interpellationen im Reichstag und in den verschiedenen Landtagen fielen, sind leider nicht in Erfüllung gegangen. Im Gegenteil! Die Fleischsteuerung ist jetzt schärfer wie vor Jahresfrist und zeigt jetzt 1906 eine stetig aufsteigende Linie. Laut Nachweis der letzten Veröffentlichung des Reichsstatistischen Amtes kostete z. B. im Monat September d. J. der Doppelzentner Schweinefleisch im Großhandel 120 Pf. gegen 115 Pf. im Vorjahr und gegen 105 Pf. im Jahre 1904; bei den anderen Fleischarten ist eine ähnliche Preisschieferung zu beobachten. Um einer derartigen und dauernden Fleischsteuerung entgegen zu begegnen, haben der Arbeitervorstand, der Mittelstand und die auf festes Einkommen angewiesenen Angestellten natürlich kleinster Möglichkeit: ihr Verdienst steigt nicht in dem Maße, daß von einem entsprechenden Ausgleich zwischen Lebensmittelversteuerung und Einkommen einfach die Rede sein kann. Das wird überall und von der Presse aller Parteien bis in die konservativen Reihen hinein unbedingt angegeben. Und über die Folgen dieses Zustandes ist man sich ebensoviel irgendwo im umlaren: der tiefschreitende Misstrauen wird von Tag zu Tag offenkundiger und schafft immer neue Scharen von Unzufriedenen, die der Sozialdemokratie ein willkommenes Feld müster Agitation über „Fleisch- und Protzvouchen“ bieten. Angefischt der 1906 bevorstehende Reichstagswahlen keine angenehme Aussicht, wenn eine Steuerung nicht rechtzeitig eintreten sollte! . . . Dadurch, daß in den wenig begüterten Familien der Fleischgenuss in letzter Zeit immer mehr eingeschränkt wird, um mit den gegebenen Mitteln auszukommen, erleidet auch die Volksernährung eine nicht unbedeutliche Verschlechterung, die bei längerem Anhalten sogar zu einer direkten Schädigung der Volksgesundheit und Volksstraft notwendig führen könnte.

Wie weit verbreitet solche Gedanken und Besürchtungen und wie laut der Ruf an die Regierung um ideuniges Eingreifen ist, lehrt jeder flüchtige Blick in die Presse aller Schattierungen von der „Aerzte-Zeitung“ bis zu den linksstehenden bürgerlichen Blättern; lehrt auch das einzige Suchen nach den tiefsten Gründen der jetzigen ungehobenen Steigerung der Fleischpreise. Aber, wie eingangs auch über die Tatsache selbst und ihre üblichen Folgercheinungen ist, ganz unerträglic ist man über die Urtreichen und infolgedessen auch über die Maßnahmen zur Abhilfe. Da einen seien das Hauptübel in unserer ganzen Politikgebung, in dem Mangel genügender heimischer Viehproduktion und vor allem in unserer Grenzsperrung gegen ausländisches Vieh; sie verlangen deshalb sofortige „Öffnung der Grenzen“, weitere Abänderung unserer bisherigen Schutzpolitik und Übergang der Landwirtschaft vom „unrationellen“ Römerbau zur gewerblichen Viehzucht. Die Gegenpartei legt den Zwischenhandel des verteuerten Einflusses an und weist u. a. m. auf den allerdings auffallenden Umstand hin, daß der Fleischverbrauch verschiedener Großstädte durch die Viehkommissionsgebühren, die auf den Schlacht- und Viehhöfen gezahlt werden, teilweise um 600 000 bis 1 000 000 Mark verteuert wird. Auch wird in Abrede gestellt, daß Deutschland Fleischverbrauch in dem behaupteten gretten Mißverhältnis zu seiner Viehproduktion stände, es müsse nur ein besserer und schnellerer Ausgleich zwischen den reichen und den bisharmen Gegenden Deutschlands hergestellt werden. Nicht zuletzt werben die „möglichst hochbemessenen“ Gebühren der südlichen Vieh- und Schlachthöfe sowie die Fleischbeschaffung und Versicherungskosten der preisreibenden Wirtung angelogen. Man verlangt deshalb auf dieser Seite tunlichste Abschaltung aller Zwischeninstanzen im Viehhandel mit ihren verteuerten Speisen, ferner Ermäßigungen der Tax- und Gebührensätze für Viehfrachten durch die Eisenbahngesellschaften und schließlich Verbilligung der Abgaben auf den häutlichen Schlacht- und Viehhöfen.

Wie man sieht, ist die Gegenseite zum Teil grundloslicher Art. Wenn trotzdem jetzt sogar auf konservativer Seite Stimmen laut werden, die allen Ernstes empfehlen, die Söhle auf die zur Volkernahrung bestimmte Einfuhr gezierte außer Kraft zu legen, die Einfuhrkontingente ausländischer Schlachtheimes unter Sicherung gegen Schenkengesetz zu erhöhen, vom Reichstag zur Errichtung von Schlachthöfen an allen Grenzen zu verlangen, wo alsdann das vorauszuführende Vieh selbst geschlachtet werden könnte, so zeigt das, wie hoch die

## Neueste Drahtmeldungen vom 2. November

Zum Tode des Erzherzogs Otto.

Wien. (Priv.-Tel.) Das Protokoll für die Beisetzung des Erzherzogs Otto ist jetzt im Oberhofstaatsmeisteramt fertiggestellt. Das Leichenbegängnis findet Dienstagabend 4 Uhr statt. Von der Einholung der Leiche kann nicht, wie ursprünglich bestimmt, Abstand genommen werden. Die Leiche wird heute in Wien abgebaut und eindämmert und heute nacht um 12 Uhr in einem mit 8 Maultieren bewehrten Wagen eingeholt und ins Augarten-Palais übergeführt, wo der Tod ausgetragen wird. Morgen wird übermorgen wird die Leiche erst in die Burgkapelle übergeführt. Nach dem Gedenken der Aerts ist der Tod infolge des erstmals gebildeten schweren Lunapentends eingetreten. Das Schloßpfeile des Erzherzogs hatte durch den Schlossmünze im Dezember vorjähriges nicht beobachtet werden können. Die Bildung von Gedächtnissen im Reichstag ist fort und hatte eine Infiltration der Brandenburger und zuletzt des linken und dann des rechten Lunapentends zur Folge. In den letzten Tagen bildete sich das Lunapentend, das immer stärkeren Niemanden vertrat und den Tod herbeiführte.

### Konferenz für drahtlose Telegraphie.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Mitglieder der Konferenz zur Regelung der drahtlosen Telegraphie werden den Bericht voranschicklich mögen unterzeichnen. Die Konvention beruht auf dem Prinzip des freien gegenwärtigen Verkehrs aller Systeme untereinander, nur Großbritannien und Italien dürfen mit Vorbehalt unterzeichnen, um ihre mit Marconi abgeschlossenen Vereinbarungen zu schützen. Vorsichtshalber werden sich Montenegro und ein oder zwei kleinere Staaten, die dem Vorbehalt Großbritanniens und Italiens ausdrücklich. Neben den Gang der Verhandlungen wird mitgeteilt: Die Delegierten der Vereinigten Staaten erklärten sich jeglich als Abhänger eines internationalen Abkommen für unbedingten Telegrame austausch von Schiff zu Schiff und von Schiff zu Küste ohne Rücksicht auf das zur An-

Pramanns Erbswurst!  
Pramanns Soppe!  
Pramanns Badbel!

Wenden kommende System der Radio-Telegraphie. Deutschland unterstellt die Vereinigten Staaten bereits des gegenwärtigen Austauschs der Telegramme von Schiff zu Land; aber während der ersten Sitzungen widerstehen sich in zweiter die ganze Konferenz dem Gedanken eines freien gegenwärtigen Telegrame austausches von Schiff zu Schiff, der, falls weiter verfolgt, die Konferenz zum Scheitern gebracht haben würde. Großbritannien führt gegen beide Vorstellungen entschlossene Opposition, stand aber zuletzt allein, nur von Italien unterstützt. Alle maritimen Mächte folgten schließlich der Ansicht der Vereinigten Staaten und stimmen mit ihnen bei der letzten entscheidenden Abstimmung am Mittwoch. Die italienischen Delegierten wünschen sich von Anfang an darin aus, daß sie im Rückzug auf ihren Kontakt mit Marconi nicht in der Lage wären, für eine Internationalisierung der Funken telegraphie zu stimmen. Die beiden Delegierten wünschten, daß die Konferenz im allgemeinen das Prinzip des gegenwärtigen Verkehrs austausch annehmen möchte, das Einverständnis der verschiedenen Gesellschaften vorangelegt. Großbritannien gab schließlich dem Vorbringe, Telegramme von Schiff zu Land auszutauschen nach, allerdings mit den Bedingungen, daß in den Fällen, wo die einer Privatgesellschaft gehörigen Rüststationen es ablehnen, Telegramme eines anderen Systems zu befördern, die Regierung berechtigt ist, in dem betreffenden Gebiete Stationen zur Telegramebeförderung entweder selbst zu errichten oder erlaubt zu lassen. Großbritannien und Italien würden sich den weitergehenden Belehrungen annehmen, wenn sie nicht die Kontakte bestimmt wären, die nach späteren Verhandlungen mit Marconi vielleicht aufgelöst werden können. Bis zum Ablauf dieses Kontaktes will aber Großbritannien erlauben, daß andere Gesellschaften Rüststationen errichten. Marine- und militärische Stationen sind natürlich von den Bestimmungen der Konvention ausgeschlossen, ebenso daß jede Regierung irgend eine für den öffentlichen Verkehr bestimmte Station ausstrecken. Mit Ausnahme von Großbritannien und Italien dürften wahrscheinlich alle Regierungen erklären, daß sie von diesem Prinzip keinen Gebrauch machen wollen. Für die Radio-Telegraphie würde ein internationales Auskunfts- und Abrechnungsbureau ähnlich dem in Bern für Post und Telegraphie errichtet.

Mailand. (Priv.-Tel.) Der „Corriere“ enthält ein Telegramm aus Berlin, wonach der italienische Delegierte auf der Konferenz für drahtlose Telegraphie erklart hat, weil England das Monopol der Marconi-Gesellschaft durchbrechen will, indem es auch solche Stationen auf seinem Gebiet zulassen will, die Telegrame aller Systeme annehmen.

### Die polnische Propaganda.

Kattowitz. (Priv.-Tel.) Zehn oberösterreichische Männer rufen für Dienstag eine Volksversammlung nach Kattowitz ein, in der zur Schaffung einer polnischen Stellung genommen werden soll. Die Einberufer stehen ameit auf Seiten der polnischen Bewegung, darunter die beiden robusten polnischen Warter Powszalek und Stowczek. Die deutschen Geistlichen halten sich fern, doch ist der frühere Rentzungs-Reichstagabgeordnete für Kattowitz, Nowak, mitunterzeichnet.

Kattowitz. (Priv.-Tel.) Die ersten Anfänge eines Schülerstreiks in Schlesien zeigen sich in Katowice, wo drei Kinder sich weigern, im Religionsunterricht Deutsch zu antworten.

Gnesen. (Priv.-Tel.) Der für nächsten Montag angelegte politische Prozeß gegen 22 Sokolmitglieder, unter denen sich Antagonistiker v. Koscielski und Reichstagabgeordneter v. Chrzanowski-Wojciech befinden, ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Der Prozeß wurde wegen Vergehen gegen das Vereinsgebot durch Verhandlung eines Sohleites im Koscielski'schen Park eingeleitet.

### Zur Lage in Russland.

Wilna. Der Generalgouvernement wies den Adelsmatrikel, allen wegen Aneignung einer orthodoxen Kapelle in Slonim im Hof genommenen Katholiken am 3. November anlässlich des Jahresfestes der Thronbesteigung des Kaisers Amnestie zu verhindern und deren sofortige Freilassung anzuordnen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Bei dem letzten Diner im Hause des Reichslandrats, an dem der Kaiser teilnahm, war die Idee davon, daß jedes Land seine Besitzthüter habe. „Ja.“ war der Kaiser lachend ein, „und Preußen hat den Räuberhauptmann von Kościuszko.“ Nun wurde eine Weile von diesem Namen des Tages geplaudert und der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Mann eigentlich begehrat werden sollte. Hierzu bemerkte der Kaiser, daß dies nach der herrschenden Parole nicht möglich sei, da Leute, die ihnen im Reichshaus gefallen haben, von der Wiederauferstehung ausgeschlossen bleibten.

Berlin. Der Bunde war über die Übertragung der Rücksicht auf die Reichsabgaben und Einnahmen für 1905 dem Ausdruck und nahm eine Verordnung betreffend nähere Bekanntigung über Gewährung von Zuschüssen, Aufzügen und Umlaufzulagen an die Beamten der Militär- und Marineverwaltung an.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der im Rechtsreferat der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes beschäftigte Welt-Legationsrat Dr. v. Jakob hat Mitteilungen über gegen ihn gerichtete Ansprüche wegen seiner Geschäftsführung alsstellvertretender Generalkonsul in Kapstadt und wegen seiner douligen persönlichen Führung erhalten. Er bat diese Mitteilungen keiner vorgelegten Behörde mit dem Antrage übergeben, eine Untersuchung einzuleiten. Diesen Antrage ist stattgegeben worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zur Behauptung eines angeblich vom Fürsten Bismarck kurz vor seiner Entlassung geplanten Staatsstreiches wird der „Deutsche Tagesschau“ mitgeteilt, daß auch Bismarck niemals einer allgemeinen Befreiung des Reichslandkreises des Westen gerecht habe, sondern nur in gelegentlichen Geistlichen mehrfach auf den Gedanken zurückgekommen sei, das geheime Wahlrecht durch ein öffentliches zu ersetzen. Das Blatt fügt hinzu: Auch wir haben aus einer Unterredung mit ihm den Eindruck gewonnen, daß er den Ertrag des allgemeinen Wahlrechts durch ein anderes nur dann befürwortet haben würde, wenn ein verantwortliches Vorgehen durch die Rücksicht auf die Sicherheit und den Bestand des Reiches unbedingt gefordert worden wäre.